

Hoher Besuch

Attila Kiraly

Wenn ein neuer Mann (das gilt auch für entsprechende Frauen) an die Spitze des Staates oder der Regierung tritt, macht er Besuche im Ausland. Allerdings hatte schon der chinesische Philosoph Laotse im 6. Jahrhundert v. u. Z. festgestellt: „Auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt.“ Es gibt immer nur einen ersten Schritt, bereits der zweite ist nicht mehr der erste. So kann auch ein Staatsoberhaupt nur einen ersten Auslandsbesuch machen. Dafür gibt es nach historischer Erfahrung zwei Varianten. Nummer eins: Der Fürst eines abhängigen Landes macht zuerst dem Oberherrn seine Aufwartung. So reisten einst ein neuer Fürst der Walachei zuerst zur Hohen Pforte nach Istanbul, ein neuer Regierungschef Westeuropas nach Washington und ein neuer Generalsekretär aus Osteuropa nach Moskau. Oder, Variante zwei: Das Haupt des einen Landes besucht das des Nachbarlandes, und sie ehren sich gegenseitig durch diesen Besuch. Im Zuge der *Renovatio Imperii Romanorum* im Jahre 1000 reiste so Kaiser Otto III. nach Gnesen, um dort den polnischen Piasten-Fürsten Boleslav I. Chobry zu treffen und ihn als „königlichen Bruder“ mit einem kaiserlichen Diadem auszuzeichnen. Damit war die christlich-katholische Welt mit Rom als Zentrum weit nach Osten erstreckt. Heute ist das weit profaner, gleichwohl pflegt eine erste Auslandsreise von Kanzlerin oder Außenminister zuerst nach Frankreich oder nach Polen zu führen.

Xi Jinping, gerade mal eine Woche lang Staatspräsident Chinas, reiste zu seinem ersten Auslandsbesuch am 22. März 2013 nach Moskau. Westzentristische Bauchnabel-Betrachter meinten, das sei eine Geste gegen den Westen. Das hat China gar nicht nötig. Die weitere Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte zuungunsten des alten kapitalistischen Nordens/Westens vollzieht sich ununterbrochen und unerbittlich. China hat in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit inzwischen die Eurozone hinter sich gelassen. Nach neuesten Prognosen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird es 2016 die USA als größte Volkswirtschaft der Welt überholen; im Jahre 2025 werden China und Indien gemeinsam eine größere Wirtschaftsleistung erbringen als die G-7-Staaten (USA, Kanada, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien) zusammen.

Russlands Präsident, Wladimir Putin, nannte die beiderseitigen Beziehungen „tonangebend“ für die Weltpolitik. Die Beziehungen beider Staaten seien so gut wie noch nie in der Geschichte. Es wurden zwei Dutzend Verträge abgeschlossen, darunter über russische Erdöllieferungen nach China: Sie werden bis 2018 auf eine Million Barrel täglich gesteigert. Anschließend reiste Xi nach Tansania, zum 5. Gipfeltreffen der BRICS-Staaten in Durban (Südafrika) und in den Kongo. Damit hatte China erneut unterstrichen, es misst Afrika einen besonderen Stellenwert bei und die Zusammenarbeit im BRICS-Kontext ist von zentraler Bedeutung.

Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika verfügen zusammen über Währungsreserven in Höhe von 4.400 Milliarden US-Dollar, vor allem durch die chinesische Reservpolitik. Damit können sie Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz einzelner Staaten mindestens ausgleichen. Es soll eine gemeinsame Währungsreserve geschaffen werden und schließlich auch eine gemeinsame Entwicklungsbank. Das reduziert die Rolle der vom Westen kontrollierten Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) weiter. Die Notenbanken von China und Brasilien vereinbarten einen Währungstausch: Handelsunternehmen beider Länder können Kredite in chinesischen Yuan oder brasilianischen Real ausgereicht werden. Damit wird die Rolle der chinesischen Währung auch international weiter gestärkt, die Abhängigkeit von US-Dollar und Euro reduziert. Und der nächste Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO) soll ein Kandidat aus einem sich entwickelnden Land sein. Vereinbart wurde ebenfalls, einen gemeinsamen Wirtschaftsrat der BRICS-Staaten und einen gemeinsamen „Rat der Thinktanks“ zu schaffen. Dieser soll Vorschläge für eine langfristige Strategie der Zusammenarbeit der BRICS-Staaten entwickeln.

Die Priorität chinesischer Außenpolitik liegt in der Stabilisierung der internationalen Verhältnisse unter der Voraussetzung der schwächer werdenden Positionen des Westens. Dieser Prozess soll nicht einfach passiv hingenommen, sondern aktiv gestaltet werden. So hat das Menschenrechtsgenörgel auch hierzulande gegenüber China und Russland mit den wirklichen Verhältnissen in der Welt immer weniger zu tun. Eher mit einer verfehlten Außenpolitik, die gutmenschliche Befindlichkeiten auszunutzen sucht und Druckpotenziale schaffen will, die nicht drücken, und Drohkulissen errichtet, die nicht drohen. Da kann man auch zum Frühlingsgott beten, dass nächstes Jahr das Wetter schöner wird. 🌤️